

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Bestellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . Kř 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährig . . . . . 96.—  
ganzjährig . . . . . 192.—

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich 1929

3. Jahrgang.

Donnerstag, 22. November 1923.

Nr. 273.

## Bereichert Euch!

Ueble Dünste steigen wieder einmal empor. Seit einigen Tagen bewegt eine neue Korruptionsaffäre die Gemüter. Man ist durch die vielen, mit fast periodischer Bänklichkeit wiederkehrenden Skandale, hervorgerufen durch die durch den Umsturz zur Herrschaft gelangte raffigierere patriotische Bourgeoisie, schon einigermaßen abgehärtet, dennoch ruft es immer wieder Verblüffung hervor, mit welcher Unverfrorenheit hier nicht nur wadere Patrioten, sondern auch hohe Würdenräger Staat und Volk als Melkkuh ansehen, die sie mit Milch und Butter zu versorgen hat. Den Grund des neuesten Skandals, der sogar zu einem schweren Konflikt innerhalb der tschechischen Koalitionsparteien geführt hat, so daß der Bestand der Regierungskoalition nicht unerschüttert ist, bildet das Spirituskartell. Der Fall übersteigt wirklich das landesübliche Maß von Korruption und ist, etwa mit Ausnahme irgend eines weit östlich liegenden Staates in gleicher Schamlosigkeit kaum irgendwo anders möglich und denkbar.

Ihren Ausgang nahm die Sache von zwei tschechischen nationaldemokratischen Breßköttern, denen — so sagt Herr Dr. Kramar die Koalitionstreue auf! — die Aufgabe zugewiesen ist, den in der Regierungskoalition sitzenden tschechischen Sozialdemokraten giftige Nadelstiche zu versetzen. Aus Anlaß eines Artikels des bekannten Schriftstellers und Kulturkritikers F. A. Salda über den fünfjährigen Bestand der Republik, worin er andeutete, daß verschiedene Korruptionsaffären von den Koalitionsparteien verschwiegen werden, um das Prestige zu wahren, erhoben die erwähnten Blätter gegen die tschechischen Sozialdemokraten die freche Beschuldigung, sie hätten aus dem Dispositionsfond der Genossenschaft der Spiritusbrenner für Parteizwecke zehn Millionen Kronen erhalten. Das „Pravo Lidu“ und der Exekutivausschuß der tschechischen sozialdemokratischen Partei stellten darauf in entschiedenster Weise fest, daß diese Behauptung in allen Teilen erfunden und erlogen sei, und sie forderten den Präsidenten des Senates, Herrn Prašek, auf, öffentlich zu erklären, wer und welche Partei in Wirklichkeit aus dem Korruptionsfonds der Spiritusgesellschaft Bestechungsgelder erhalten habe. Schon hier beginnt das Unerhörte des Falles: in welchem andern Staate wäre es noch möglich, daß der Vorsitzende einer Spiritusgenossenschaft, die wegen ihrer dunklen Geschichte mit dem Staat einen eigenen Reptilienfonds besitzt, mit dem politisch einflussreiche Persönlichkeiten den Manipulationen und Geschäften der Genossenschaft günstig gestimmt werden sollen, daß also der Vorsitzende einer solchen Genossenschaft gleichzeitig Präsident des Senates, also einer gesetzgebenden Körperschaft ist. Dem Bestechungsfonds flossen im letzten Jahre über 19 Millionen Kronen zu, die Herr Prašek allein verwaltete und über deren Verwendung er trotz aller Anfragen der Genossenschaftsmitglieder keinerlei Berechnung vorlegt, wohl deshalb, weil es geheim bleiben sollte, wer aus der Krippe dieses Bestechungsfondes trah. Auch auf die wiederholte Aufforderung der tschechischen Sozialdemokraten, Namen und Parteien zu nennen, denen der Herr Senatspräsident die in Rede stehenden Millionen zugewendet habe, schweig er hartnäckig und schweigt noch, weshalb die tschechischen Sozialdemokraten drohen, nicht länger mit der Partei Dr. Kramar in der Koalition zu verbleiben, wenn ihnen für die schwere Beschuldigung, vom Spiritusfonds bestochen zu sein, nicht volle Genugtuung zuteil werden sollte.

Der Stein, ins Rollen geraten, ist aber nachgerade zur Lawine geworden. Das Aufsehen, das die Sache in der Öffentlichkeit erregte, hatte zur Folge, daß der seit Jahren bestehende Spiritusskandal, der schon wiederholt seine Schlammschwallen in der Öffentlichkeit zeigte, auch im Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses zur Sprache kam, wobei der deutsche Sozialdemokrat Laub und der tsche-

## Die Botschafterkonferenz an Deutschland

Sofortige Durchführung der Militärkontrolle. — Androhung von Maßnahmen im Falle eines Widerstandes.

Paris, 21. November. Poincaré hat als Vorsitzender der Botschafterkonferenz heute abend dem deutschen Geschäftsträger von Höchst zwei Noten zugeschickt mit dem Ersuchen, sie der deutschen Regierung zu übermitteln.

In der ersten Note wird der deutschen Behauptung Erwähnung getan, daß die Wiederaufnahme der interalliierten Militärkontrolle die Schwierigkeiten Deutschlands vergrößern und zu Zwischenfällen führen würde, und erklärt, daß man sich daher fragen müsse, ob nicht die der Kommission in den Weg gelegten Hindernisse die von der deutschen Regierung angeführten Schwierigkeiten selbst vergrößert haben. Es wird betont, daß die Kommission sich stets bemüht hat, die Ausgaben der deutschen Behörden zu erleichtern, und sicherlich auch weiterhin in diesem Sinne vorgehen wird. Zum Schluß heißt es in der ersten Note:

Da die Alliierten das der Militärkontrollkommission und dem Garantieausschuß für Luftschiffahrt zustimmende Recht der Kontrolle aufrecht erhalten müssen, haben es diese beiden selbst zu bestimmen, inwieweit ihre Aufgabe augenblicklich durchführbar und notwendig erscheint. Die alliierten Regierungen beschließen, daß die Militärkontrolle und die Ueberwachung der Luftschiffahrt ohne Verzug ausgenommen werden müsse, und zwar unter den Bedingungen, die der deutschen Regierung vom Präsidenten dieser Institution bekanntgegeben werden. Falls ihre Operationen auf den Widerstand seitens deutscher Behörden oder deutscher Staatsangehöriger stoßen sollten, behalten sich die Alliierten vor, die Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Sicherung der Ausführung des Vertragsgesetzes geeignet erachten.

In der zweiten Note wird mitgeteilt, daß die Alliierten die Erklärung der deutschen Regierung, daß sie dem Kronprinzen durch ihren Vertreter einen Paß habe zustimmen lassen, zur Kenntnis nehmen. Die Alliierten haben ferner von dem Schreiben Kenntnis genommen, das am 18. November der deutsche Geschäftsträger Peretti della Rocca überreichte, worin das Dokument, durch das der Kronprinz auf alle Rechte an der Krone Preußens und der Kaiserkrone verzichtet, enthalten war. Ebenso wird die Verpflichtung Deutschlands, die Rückkehr des Kaisers nicht zu gestatten, zur Kenntnis genommen. In der Note wird ferner festgestellt, daß Deutschland die Bewilligung zur Rückkehr des Kronprinzen erteilt hatte, wiewohl es sich der schweren Komplikationen dieser Rückkehr für seine innere und äußere Situation Rechenschaft ablegen mußte.

Unter diesen Umständen sind die Alliierten genötigt, heißt es zum Schluß der Note, die deutsche Regierung für die eventuellen Folgen des Ausenthaltes des Kronprinzen in Deutschland verantwortlich zu machen. Sie halten es für ihre Pflicht, die deutsche Regierung auf die Gefahren, die dieser Zustand mit sich bringen könnte, aufmerksam zu machen, Gefahren, die im gegebenen Falle die alliierten Mächte zwingen könnten, sich über die Maßnahmen zu einigen, die geeignet wären, diesen Gefahren zu begegnen.

Der Note ist die Abschrift des vom deutschen Geschäftsträger an Peretti della Rocca gerichteten Schreibens vom 18. November beigelegt.

endlich diese notwendige Klärung zu schaffen und dem ganzen deutschen Proletariat zu zeigen, wo der allen Arbeitern gemeinsame Feind steht.

Für heute abend hatte der Reichsminister den Führer der sozialdemokratischen Partei, Genossen Hermann Müller, zu sich geladen, um mit ihm die politische Lage zu besprechen.

## Bayern verlangt die Aenderung der Weimarer Verfassung.

Berlin, 21. November. Die bayerische Volkspartei hat im Reichstage einen Antrag eingebracht, der von der Reichsregierung die Vorlage eines Gesetzesentwurfes zur Revision der Weimarer Reichsverfassung in föderalistischem Sinne verlangt. Es wird u. a. die Rückübertragung der Finanz- und Verkehrshoheit an die Länder, das Recht der Landesregierungen, die zur Aufrechterhaltung der Sicherheit nötigen Maßnahmen selbstständig in Geltung zu erhalten und über die im Landesgebiete liegende bewaffnete Macht selbstständig zu verfügen, ferner das Recht der bayerischen Landesregierung auf Mitwirkung bei Ernennung und Abberufung von Offizieren der Reichswehr gefordert.

## Das Geheimnis von den Stresemann-Krediten.

Berlin, 21. November. (Eigenbericht.) Um Zustimmung für das Verbleiben des jetzigen Kabinetts zu machen, ist vor einigen Tagen offiziell mitgeteilt worden, daß mit englischen und amerikanischen kapitalistischen Gruppen „sehr ausgiebige“ Verhandlungen wegen des Abschlusses bedeutender Währungs- und Rahrungsmittelkredite geführt werden. Wie man jetzt erfährt, ist diese Frage noch nicht so weit gediehen. Diese Verhandlungen werden von der Gegenseite bisher nicht informativ geführt, Anleihen von Staat zu Staat kommen vorläufig überhaupt nicht in Frage.

## Eine Arbeitslosenfundgebung: zwei Tote.

Berlin, 21. November. Blättermeldungen aus Breslau zufolge kam es gestern in Begleit zu schweren Zusammenstößen zwischen demonstrierenden Erwerbslosen und Schutzpolizei, bei denen auch Schüsse gewechselt wurden. Nach den vorläufigen Feststellungen wurde ein Polizeibeamter und ein Demonstrant getötet.

## Mit oder ohne Frankreich.

London, 21. November. (Havas.) Aquith erklärte in einer in Paris in Schottland gehaltenen Rede, es müsse eine internationale Konferenz zur Prüfung der europäischen Lage einberufen werden, gleichviel, ob sich Frankreich an dieser Konferenz beteilige oder nicht.

## Scharfe Opposition unserer österreichischen Genossen gegen Seipel.

Wien, 21. Nov. (Eigenbericht.) In der heutigen Sitzung des Nationalrates hat, nachdem der Bundeskanzler eine politische Rede gehalten

## Stresemanns Schicksalstag.

Vorausichtlich heute Gesamtdemission des Reichskabinetts. — Die Deutschenationalen für Reichstagsauflösung und Einsetzung eines Direktoriums.

Berlin, 21. November. (Eigenbericht.) Am heutigen Vortag ruhte das politische Leben gänzlich. Im Reichstag hielt nur die Deutsche Volkspartei eine Sitzung ab. Die Situation ist auch soweit geklärt, daß es keiner weiteren Verhandlung mehr bedarf. In der morgigen Sitzung wird Stresemann fallen und es fragt sich jetzt nur, was darnach kommen soll. Die Deutschenationalen und mit ihnen ein großer Teil der Volkspartei, verlangt die Auflösung des Reichstages und Erlass der verfassungsmäßigen Regierung durch ein sogenanntes Direktorium. Der Reichspräsident hat bisher seine Zustimmung zur Reichstagsauflösung nicht gegeben, weil Neuwahlen unter den augenblicklichen wirtschaftlichen

und politischen Verhältnissen nur schwer durchzuführen sind, im besetzten Gebiet insbesondere würden sich dabei die größten Schwierigkeiten ergeben. Es bleibt darnach den Rechtsparteien nichts anderes übrig, als die politische Verantwortung für die von ihnen befristete Politik zu übernehmen; nachdem sie schon zweimal, zuerst durch den Weltkrieg und dann durch das Kabinett Cuno, das ein verschleiertes Rechtskabinett war, Deutschland ins Unglück gestürzt haben, werden sie jetzt Gelegenheit haben, zu zeigen, ob sie das deutsche Volk auch retten können. So folgenswerter diese politische Entwicklung auch werden kann, so scheint doch jetzt nichts anderes mehr übrig zu bleiben, um

chische Sozialdemokrat Nemes in eindringlicher Weise dieses schandvolle Kapitel behandelten. Die Redner hoben den Vorhang von der Spirituswirtschaft, wie sie zu Schaden des Staates und der Konsumenten seit den Tagen des Umsturzes betrieben wird und sie zeigten, in welchen schmierigen und gierigen Händen dieser wichtige Teil der Wirtschaft liegt. Schonungslos enthüllten sie die Schädlichkeit des Spirituskartells, das mit Hilfe des Staates unerhörtesten Wucher übe und das sich mit einem Teil der dem Volks- und Staatsvermögen entriessenen Millionen bei einflussreichen Personen Duldung, Stillschweigen und Unterstützung erkaufe. Es geht hiebei um eine systematische Vesteuerung der Bevölkerung, bei der es sich um ungezählte Millionen handelt. In den letzten vier Jahren wurden den genossenschaftlichen Spiritusherzeugern über 360 Millionen zum Präsent gemacht, welche riesige Summe es ihnen leicht macht, die nötigen Bestechungsgelder dem Korruptionsfonds zuzuführen. Als ein Monstrum ärgerer Art wurde von den Rednern die nach Einstellung der Tätigkeit der Spirituskommission am 1. September d. J. erlassene Regierungsverordnung,

wie auch die vom Finanzministerium mit der Spiritus-Verwertungsgenossenschaft getroffene Vereinbarung erklärt. Bei der Uebernahme der vorhandenen Spiritusbestände hat die Genossenschaft nicht weniger als 60 Millionen Kronen verdient.

Der Spiritusskandal ist einer von vielen, die früher schon in der Deffentlichkeit Erregung weckten und er ist gewiß auch nicht der letzte. Was für armselige Stümper waren die alten Raubritter gegen die modernen Ritter der Industrie und des Handels! Sie mußten auf ihren Fellsensdrosseln hausen und lauern, bis irgend ein Warenzug des Weges zog und mußten, um ein paar Geldbeutel und einige Ballen Tuch zu ergattern, im Kampf mit den bewaffneten Begleitmannen ihr Leben wagen. Den neuzeitlichen Raubrittern, die ganz andere Vermögen von ihren Beutezügen heimbringen, macht man es bequemer. Die einzige Ungelegenheit, der sie ausgesetzt sind, ist der Umstand, daß sie einen kleinen Teil der Beute an jene verteilen müssen, die ihnen bei ihren Raubzügen die Mauer machen und die Wege ebnen. Die Ausplünderung wird nicht mehr mit dem Tode bestraft, sie wird vielmehr im

Rahmen der strengsten „Gezelligkeit“ geübt. In der neuen Republik hat das Gelächter sich verblühend rasch einzunisten vermocht. Begreiflich daher, daß der genannte tschechische Kulturkritiker F. A. Salda, da er die Verheißungen, unter denen die Republik gegründet wurde, mit ihren gegenwärtigen tatsächlichen Verhältnissen vergleicht, zu traurigen Folgerungen kommt, und daß er klagt, die ersten fünf Jahre der Republik hätten eine wahre Gründerperiode bedeutet, deren gehäufte Schmutz nach einem großen gesellschaftskritischen Romanromanisteller rufe, welcher dieser verkommenen und moralisch verfaulenden Gesellschaft die Kurcrole vom Haupte reiße, einer Bourgeoisie, die reif sei, daß über sie eine Höllen-Tragikomödie geschrieben werde. Der Schmerz des genannten Schriftstellers über die Enttäuschung, die er und viele andere begeisterte Patrioten erlitten, da sie sehen mußten, wie die Bourgeoisie allen nationalen Tiraden zum Trost nur an das eine dachte: wie sie sich rasch bereichern könne, ist nur zu begreiflich. Was aber fehlt, das ist nicht so sehr ein neuer Dante, der den Pfuhl dickterisch schildert, sondern ein Herkules, der den Stall ausmisset!

atte, Genosse Dr. Bauer die Stellung der Sozialdemokraten zur Regierung klar gekennzeichnet. Der Bundeskanzler hatte erklärt, die Regierung wolle löschliche Arbeit leisten und sie wünsche, daß die Opposition löschlich mit ihr zusammenarbeite. Bauer verwies demgegenüber auf die Verfolgungen der Sozialdemokraten in der Wehrmacht, der Gendarmerie und in der Verwaltung und sagte: „Glauben Sie wirklich, daß es mit anderer Ehre vereinbar wäre, mit ihnen löschlich zusammenarbeiten, während jeder unserer Parteigenossen bei der Gendarmerie, bei ein Blatt, bezieht, das ihnen nicht gefällt, Gefahr läuft, diszipliniert zu werden? Eine Partei läßt es sich nur dann gefallen, daß man die alte Manier wieder beibehält, wonach jeder Sozialdemokrat in der Verwaltung mißtraulich angesehen und bespottet wird, wenn sie sich nicht wehren kann. Solange sie sich aber wehren kann, wird sie sich zur Wehr setzen. Genau so wie sie unsere Genossen in den Kaiserlichen, bei der Gendarmerie und in der Verwaltung behandelt, werden wir sie hier behandeln. Wir können uns aber auch nicht gefallen lassen, daß getrunken an den Hochschulen vorzukommen ist. Wenn die Studenten, die an der Universität das Verbrechen der öffentlichen Gewalttätigkeit, des Hausfriedensbruchs und andere Verbrechen begangen haben, nicht eingesperrt werden, dann darf auch kein Arbeiter eingesperrt werden. Die Arbeiter dürfen nicht anders behandelt werden, als die Söhne der Bourgeoisie. Wir sind heute nicht mehr so wehrlos und werden uns gemeinsam im

Parlamente zur Wehr setzen. Ein Jahr lang, ein Genf, haben wir durch die Regierung eine hochmütige Willkür ertragen müssen, die weiter zu fragen, wir noch dem Ausgang der Wahlen nicht mehr Willens sind. Wir wollen dem Bundeskanzler befehlen, daß die Sozialdemokratie auch eine politische Zuchtübung ist.

**Belien, der Horthy- Republikane.**  
 Budapest, 21. November. (Eigenbericht.) In Antwortung einer Interpellation wegen der legitimistischen Propaganda anlässlich des Geburtstages des Prinzen Otto von Bayern führte Bela Horthy aus, es sei nicht im Interesse des Landes gelegen, die Königsfrage aufs Tote zu bringen. Das Verbot der Propaganda vom Herbst 1921 bestehe zurecht und müsse von jedermann respektiert werden. Das bedeute nicht, daß mit verfassungsmäßigen Mitteln nicht für die Abänderung dieses Gesetzes gekämpft werden dürfe. (Die Revolutionsfeier der ungarischen Republikener wird aber, trotzdem sie mit der Verfassung nicht im Widerspruch steht, strafrechtlich verfolgt. D. Red.) Er habe wiederholt erklärt, daß die Ernennung Ottos zum Könige den geltenden staatsrechtlichen Gesetzen zuwiderlaufe. Ein Gesetzesentwurf, wo für die Gesundheit Ottos gebietet werde, könne jedoch nicht als propagandistische Tatsache qualifiziert werden. Dagegen werde er die Aufmerksamkeit der Staatskontrolle auf die in allen Blättern erscheinenden staatsrechtlich nicht anwendbaren Ausdrücke wenden und allen Personen gegenüber, die die Gesetze nicht respektieren, einschreiten (und auszeichnen. D. Red.).

# Kommunistische Tagespolitik.

## Ein Angriffsplan gegen die Sozialdemokraten?

Berlin, 21. November. (Eigenbericht.) Die Sozialdemokratische Partei die größten Anstrengungen macht, um die Arbeiter vor dem Hungergefahr zu retten und bessere wirtschaftliche und politische Verhältnisse zu schaffen, setzen die Kommunisten mit erhöhtem Nachdruck und unerschrockener materieller Mittel, die ihnen von Moskau aus geliefert werden, ihre Vorbereitungen zum Bürgerkrieg fort. Die der Sozialdemokratischen Parteienschieden heute mitteilt, wird in den nächsten Tagen der Nachweis erbracht werden, daß die kommunistische

Partei mit Gewalt einen bewaffneten Kampf heraufbeschwören und ihn in erster Linie gegen die Sozialdemokraten führen wolle. Die Führer der Kommunisten haben auch alle Vorbereitungen getroffen, um im Falle der Gefahr nach Moskau zu fliehen und die von ihnen verborgenen Arbeiter den reaktionären Richtern zu überlassen. Im Interesse der eingeleiteten Unternehmung beschränkt sich der sozialistische Parlamentsdienst vorläufig auf diese Mitteilungen.

## Die deutsche Reaktion will ihre Rache haben.

### Verhaftung Zeigners und Maßregelung republikanischer Staatsfunktionäre.

Dresden, 21. November. Wie verlautet, ist der frühere Ministerpräsident Dr. Zeigner heute nachts auf Veranlassung des Leipziger Oberstaatsanwaltes in seiner Wohnung verhaftet worden. Zeigner wies auf seinen leidenden Zustand hin, aber die Polizeibeamten führten den ihnen erteilten Befehl aus und brachten den Kranken nachts mittels Kraftwagen nach Leipzig, wo er ins Untersuchungsgefängnis eingekerkert wurde.

Die weiter bekannt wird, hat der Wehrkreiskommandant gestern nachmittags den Dresdener Polizeipräsidenten Reule, der sozialdemokratischer Abgeordneter ist, ferner eine große Anzahl höherer Polizeioffiziere, die meist links stehen, sowie sämtliche Zivilkommissäre der Regierung bei der Staatspolizei, die sämtliche Sozialisten sind, ihres Amtes bis auf weiteres entsetzt.

Schritte gegen die bulgarische Grenzregierung unternahme.

### Praschel soll sprechen.

Der Kommunist Bubnik sagt, daß am Budget nichts geändert werden dürfe, weshalb die Stellung der Opposition eine schwere ist. Der gesamte Sturz des Staates ist gegen die Arbeiterschaft gerichtet und wo es nicht anders geht, gebraucht man Verhewigungsmethoden. Redner fordert, daß der Senatspräsident Praschel endlich die Personen, die er bestochen habe, nenne. Es sprechen noch Rannenberg (agr.) und Bahala (sch. agr.), worauf die Sitzung geschlossen wurde.

Sorten die Verteuerung 30 bis 34 Heller für ein Kilogramm beträgt. Dazu kommt, daß die böhmischen Raffinerien Gries- und Wehlzucker fast nur für den Export erzeugen und bei dem Bezuge durch böhmische Zuckerraffinerien eine weitere Verteuerung durch die höhere Fracht eintritt. Raffinade (Zuckerraffinade) wird sehr wenig, hingegen viel Würfelzucker erzeugt, bei welchem der Nutzen der Raffinerien ein größerer ist als bei Raffinade. Die Rohzuckerpreise sind in der letzten Zeit von 2 Kronen 60 Heller auf 3 Kronen 10 Heller erhöht worden und hieraus droht eine weitere Verteuerung. Genosse Fischer fragt den Minister, denn alle diese Tatsachen doch bekannt sein müssen, was er zu tun gedenkt, um sein Versprechen einlösen und weshalb das Ministerium bisher nichts unternommen hat, um die ungerechtfertigte Preiserhöhung zu verhindern.

## Beginn der Budgetdebatte

### in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Prag, 21. November 1923. Programmäßig ging das Abgeordnetenhaus heute in die Aussprache über den Staatsvoranschlag für das Jahr 1924 und das Finanzgesetz ein.

Dr. Reibl (d. Nat.) sagt, daß einer planmäßigen Beendigung der deutschen Staatsbeamten und Lehrer ausgeführt sind, weil sie ein Hindernis bilden für die Umwandlung dieses Nationalitätenstaates in einen reinen Nationalstaat. Dem deutschen Nachwuchs werden unüberwindliche Schwierigkeiten für dessen Eintritt in den Staatsdienst gemacht. Das rücksichtslose Regierungssystem trifft nicht bloß die deutschen Staatsangehörigen, sondern das ganze deutsche Volk, da es das System des tschechischen nationalen Gewaltstaates ist.

### Der pathetische Berichterstatter.

Die Generaldebatte wurde vom Berichterstatter Sedivka eingeleitet. Er führt an, daß er mit dem Budgetanschlag, mit Rücksicht darauf, daß er genügend war, in 14 Tagen, an denen 24 Sitzungen stattfanden, das Budget zu verhandeln, der Ansicht ist, daß dem Budgetanschlag mehr Zeit zur Beratung des Voranschlages zur Verfügung gestellt werden sollte. Es wäre einerseits möglich, daß Budget bereits zu Beginn Oktober zu verhandeln. Wenn dies aber kein gangbarer Weg wäre, könnte man in einem Jahre die Hälfte des Budgets ordentlich, die andere Hälfte gefällig behandeln und im darauf folgenden Jahre umgekehrt verfahren. So könnte das Abgeordnetenhaus nicht nur an der Korrektur des Budgets, sondern auch an keiner Zusammenstellung teilnehmen.

Präsident Tomasek fordert den Redner auf, sich zu mägen und erteilt ihm später einen Ordnungsruf.  
 Dr. Reibl (fortfahrend): Unsere Aufgabe ist es, dieses System restlos zu beseitigen, denn das gesamte deutsche Volk steht hinter seinen Beamten. Die tägliche Arbeit dieses Systems ist in unserem Kampfe das beste Agitationsmittel für uns, die wir nicht nur diesen Staatsvoranschlag, sondern den ganzen tschechischen Staat ablehnen.

Sedivka gibt ein Resümee über das abgelaufene Jahr, welches durch die Ereignisse in Deutschland, durch den Preisabbau — wobei er aber betonen muß, daß der Wert der Krone nicht die Höhe, die ihr gebührt, im Inlande erreicht hat — durch die Fortdauer der Wirtschaftskrise und durch die Gemeindevahlen gekennzeichnet sei. Der Berichterstatter bespricht dann ausführlich die Voranschläge der einzelnen Ressorts. Die Ausgaben für das Militär werden, so sagt er, sinken, weil die Armee ausgerüstet sei, was das Schulwesen anbelangt, so sei es in Böhmen gerückt und in Schlesien näherte man sich einem gerechten Verhältnis. In Mähren hätten die Deutschen um 10,9 Prozent mehr Schulen als ihnen gebührt, und in der Slowakei um 1,2 Prozent mehr, während die Ungarn um 4,1 Prozent zu wenig hätten. Es wird nötig sein, daß das Abgeordnetenhaus Schritte unternimmt, damit die Eisenbahntarife herabgesetzt werden.

Nach Dr. Kojel (sch. H.) spricht  
 Pajel (d. Nat.-Zog.): Die Art, wie die verantwortlichen Leiter der Staatsgewalt mit unseren deutschen kulturellen Forderungen umspringen, sehen wir aus dem Verhalten des Ministers Bechyně im Budgetausschuß, der auf unsere Klagen antwortete, die deutsche Unversität und Technik habe keine Bauvorschlüge erhalten. Wir nehmen an, daß der Minister falsch informiert war, aber ein Verwalterssystem, das den unbescholtenen Namen eines Ministers mißbraucht, müssen wir von Grund aus bekämpfen. Der Unterrichtsminister hat auch gesagt, es wäre ihm am liebsten, wenn wir Deutsche sagen könnten, daß wir soundsoviel an Steuern aufbringen und daher mit unseren Mitteln unser Schulwesen ausbauen. Wir haben nichts dagegen. Wir sind bereit, festhalten zu lassen, wieviel Steuern wir aufbringen und danach unseren Anteil an der Staatsverwaltung zu bestimmen. Aber bis jetzt scheint es, daß die Mehrheit eine Kontrolle der Staatsverwaltung nicht will, weil sie eine Kontrolle gar nicht brauchen kann.

Sodann geht Sedivka zu einem allgemeinen Lobgesang über die Tätigkeit der Republik über. Es seien die Ernährungsbedingungen niedrigerungen, die Rechtschaffenheit, die öffentliche Ordnung und Autorität wieder eingeführt und auch die Wohnungsnot teilweise beseitigt. Als Hauptfehler des Staates bezeichnet er die Armee und das Wehrwesen. Zum Schluß seiner Rede verweist er sich zu folgender geschmacklosen Apostrophierung:

### Schwere Verschuldigungen gegen den Prager bulgarischen Gesandten.

Der nächste Redner war der tschechische Agrarier Dubick. Er bespricht den Prozeß Rikoff und greift die Regierung Jankov an, die er verschiedener Verbrechen beschuldigt. Vor dem Attentat auf Dasalov habe der Gesandte dieser Regierung in Prag sein Amt angetreten und sei bald darauf nach Sofia gefahren, wo er sich zu den Vertretern der bulgarischen Presse wie folgt äußerte:

„Dasalov wohnt am Smichov, Schwedische Gasse, Villa Benes, Nr. 8.“

Er wußte also genau die Adresse des Ermordeten, hat sich aber nach dem Attentat zum Vertreter der „Prager Presse“ wie folgt ausgesprochen:

„Ich versichere Sie, daß ich mich für Dasalov wenig interessiere, ich kenne auch seine Adresse nicht.“

Die Dienstmädchen in der Familie Dasalovs, gegen die der begründete Verdacht besteht, daß sie Dasalovs Schriften entwendet habe, wurde nach dem Attentat in die Dienste der bulgarischen Gesandtschaft in Prag aufgenommen. Redner fordert, daß das „traurige Verbrechen der Prager Geschworenen gutgemacht wird, und daß an eine Reform der Geschworenengerichte geschritten wird.“ Zum Schluß verlangte er vom Außenminister, daß er als Mitglied des Völkerbundes

## Aus den Auswärtigen.

### Heute spricht Benes. Eine Anfrage Dr. Cechs.

In der gestrigen Sitzung des Außenausschusses hat Genosse Dr. Cech mit Rücksicht auf die Verschärfung der außenpolitischen Lage, auf die mit jedem Tag zunehmende Spannung zwischen Frankreich und England, auf die zwischen den Entente-mächten schwebenden Verhandlungen über die Militärkontrolle, sowie auf die Kronprinzenfrage, ferner im Hinblick auf die Stellungnahme der Entente und der Tschechoslowakei zu allen diesen Fragen und die Gefahr von Auswirkungen dieser Stellungnahme und einer eventuellen Straffaktionen, an den Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses die Forderung gerichtet, den Herrn Außenminister Dr. Benes zu ersuchen, an der Sitzung des Außenausschusses teilzunehmen und über die außenpolitische Lage und die schwebenden außenpolitischen Fragen dem Ausschuss ungefümt Bericht zu erstatten.

Der Vorsitzende erklärte, daß er in Würdigung der Ausführungen Dr. Cechs dem Ersuchen sofort Rechnung tragen und sich mit dem Außenminister in Verbindung setzen werde, der um die Berichterstattung im Sinne der erwähnten Ausführungen ersucht werden wird.

Im weiteren Verlauf der Debatte sprach Genosse Dr. Holitscher, der sich mit dem Handelsvertrage mit Großbritannien beschäftigte. Er wies sodann darauf hin, daß die Regierung sehr viel von der Erleichterung des Reiseverkehrs spreche, in der Praxis aber bei der Post- und Visumerteilung Schwierigkeiten mache. Künstlern und Gelehrten, die volksbildende Vorträge halten wollen, werden die Visa verweigert. So wurden auch reichsdeutschen Fachmännern, die in der Frauenschule in Reindlich, die vom Staate subventioniert wird, Vorträge halten wollten, die Einreisevermerke verweigert. Genosse Dr. Holitscher verlangte, daß diesen Schülern ein Ende gemacht werde.

Am Schluß der Sitzung erschien auch Minister Dr. Benes, der mitteilte, daß er die Anfrage Dr. Cechs in der morgigen Sitzung des Ausschusses beantwortet werde.

### Die Zuckererteuerung.

In der gestrigen Sitzung des Ernährungsausschusses sprach Genosse Fischer die Verteuerung des Zuckers. Der Ernährungsminister hat in seiner letzten Rede auf das Bestimmteste versichert, daß die Regierung eine Erhöhung des Zuckerpriees im Inlande nicht zugeben wird. Trotzdem ist der Preis um zehn Heller für ein Kilogramm erhöht worden. Dazu kommt, daß in der abgelassenen Kampagne die Raffinerien die Fracht voll vergüteten, während sie jetzt nur fünf Heller für ein Kilogramm Frachtergütung gewähren; daraus ergibt sich eine weitere durchschnittliche Verteuerung von zehn bis vierzehn Hellern! Für Gries- und Wehlzucker ist außerdem die Maßgebühr ohne jeden Grund um zehn Heller erhöht worden, so daß bei diesen

## Inland.

### Der Spiritusstand, eine Frage des Seins oder Nichtseins der Koalition.

Unter diesem Titel schreibt das „Pravo Lidu“ unter anderem: „Unsere Genossen, welche die tschechoslowakische sozialdemokratische Arbeiterpartei in den gemeinsamen Beratungen vertreten haben, haben unterhält und entschieden zum Ausdruck gebracht, daß die Frage der Gemeinstung für unsere Partei in der Frage des Spiritusstandes eine Frage des weiteren Bestehens oder Nichtbestehens der bisherigen Koalition ist. Wenn die nationaldemokratische Presse die Beschuldigungen... nicht widerruft, gebietet die Ehre unserer Partei, die Mitarbeit mit der Partei des Dr. Kramarich einzustellen.“ Sodann weist das Blatt auf die Beschlüsse der Bilsener Kreisorganisation hin und sagt: „Die nationaldemokratische Partei steht vor der Wahl: Entweder wird sie die unverantwortliche Hege ihrer Journalisten dekonstruieren... oder sie übernimmt die Verantwortung für die Folgen, welche notwendigerweise entstehen. Das wurde klar und deutlich von uns in den Beratungen der tschechoslowakischen koalitierten Parteien gesagt und niemand von den verantwortlichen Politikern der koalitierten Parteien kann im Zweifel darüber sein, was unsere Erklärung bedeutet. Der Standpunkt der Bilsener Genossen, daß für den Fall, als unserer Partei nicht entsprechende Genehmigung und feste Garantien für das lokale Verhältnis der koalitierten Parteien gegeben werden, an die Revision des Verhältnisses unserer Partei zu den koalitierten Parteien und insbesondere zu den Nationaldemokraten heranzugehen, ist auch der Standpunkt der Parteivertretung und beider Clubs und war es bereits, bevor noch die Bilsener Genossen öffentlich aufgetreten sind. Die Sache soll in den nächsten Tagen bereits werden, unserer Partei wurde die Zustimmung gegeben, daß es geschehen wird. Wir haben bisher keinen Grund, die Lokalität dieses Versprechens in Zweifel zu ziehen. Wenn dem Ersuchen nicht stattgegeben werden sollte, werden wir revidieren!“ Nach den letzten Worten dieser Notiz, die einen Schreckschuß für die anderen koalitierten Parteien bedeuten soll, ist zu schließen, daß der Spiritusstand den Zerfall der Koalition nicht nur Folge haben wird, sondern er ein Symptom für die Schwäche der Koalition und für die Gefährdung ist, mit der sich die einzelnen Parteien gegenübersehen.

Der russische Zensor, dessen Duzarerstücklein schon wiederholt die Aufmerksamkeit auf sich lenkten, hat eben wieder eine seiner glänzenden Leistungen vollbracht. Er konfiszierte am Montag unser Auffiger Parteiblatt, das „Volkrecht“, wegen einer Notiz, die inhaltlich genau mit einer Veröffentlichung des „Auffiger Tagblattes“ vom Tage zuvor übereinstimmt die aber unbeanstandet geblieben war. Es wird rotwendig sein, die Verfolgungswut dieses Herrn, die sich in erster Linie gegen die sozialdemokratische Presse richtet, einmal energisch abzubringen.

# Tages-Neuigkeiten.

## Brutale Mißhandlung eines Lehrlingens.

Wir berichteten vor einiger Zeit, daß der Bädermeister Hölz in Oberdorf seinen Lehrling mißhandelte und nach ihm ein Messer geworfen habe, weil dieser bei der Nacharbeit infolge Uebermüdung eingeschlafen war. Dieser Bädermeister hat nun in dem Friseur Gustav Zentler in Komotau einen würdigen Gegenstand und Talgenossen gefunden. Nach der Meldung unseres Komotauer Bruderblattes kam in den Tagen des Zentler am 17. November eine Damenkundschafft, die sich eine seltene und schwierige Frisur ausführen lassen wollte. Dem Lehrling Stefan D., das die Arbeit ausführen mußte, mißfiel die Frisur anfangs, wofür sie vom Herrn Zentler in Gegenwart der Kundschafft ein Kopfstück erhielt. Als sich das Mädchen kurz darauf auf den Hof hinaus begab, folgte ihr Zentler dorthin.

ergriff sie bei den Haaren, zerrte sie im Hof herum und schlug ihr dabei unaufrichtig mit der Hand ins Gesicht. Damit das Lehrlingens nicht um Hilfe rufen könne, hielt er ihr mit der Hand den Mund zu und riß ihr dabei die Mundwinkel blutig.

Schließlich gelang es dem Mädchen doch, Hilfe herbeizurufen, worauf Zentler von ihr abließ. Das Lehrlingens flüchtete auf die Polizeiwache, wo an ihrem Gesichte noch die Fingerabdrücke von den Schlägen des brutalen Lehrmeisters festgestellt und mit ihr ein Protokoll aufgenommen wurde. Das Lehrlingens, eine Halbwaife, gab an, daß sie schon früher von ihrem Lehrherrn wegen jeder Kleinigkeit beschimpft und mißhandelt worden ist. Gegen Zentler wurde die Polizeianzeige erstattet.

**Karlchen kann alles.** Er kann nicht nur agitieren und propagieren, nicht nur revolutionäre Reden schwingen und flammende und blendende politische Artikel schreiben; er verfaßt sogar Feuilleton und Theaterkritiken! ... Wer? ... Nun, sein Veringerter als Karl Reichlich, der in der letzten Nummer des „Vorwärts“ unter dem Strich gegangen ist, wo aus seiner unvergleichlichen Feder ein schätzbares Feuilleton über die Prager Aufführung des Hauptmannschen Dramas „Fortan Geher“ prangt. Warum sollte auch er, der Herrliche von allen, der zu Höchstem berufen ist, nicht auch Respektensdienste versehen können? Zumal er doch die Sprache meistert wie nur einer! Karlchen äußert sich höchst zufrieden über Stück und Auführung: „... es war ein prächtig Spiel...“ Man beachte, wie Reichlich so wie Weiland Goethe und Schiller durch vornehmen Verzicht auf die Etymologie des Eigenschaftswortes seine Sprache zu einer wahrhaft klassischen macht! Und wie zum Beispiel der Reichlich-Stil in folgendem Satz federt: Herr Pittschau zeigte einen Florian Geher, „wie man ihn sich nur vorstellen kann!“ Da wird wohl keiner fragen: „Wie kommt Karl unter die Feuilletonisten?“ Ist er doch ein prächtig Genie und ein Lausendjassa, wie man ihn sich nur vorstellen kann!

**Schmutzige Mittel.** In welcher Weise gegen die Konsumvereine angekämpft wird, dafür liefert uns den Beweis eine Notiz in der letzten Nummer der „Konsumgenossenschaft“, in der es heißt: „Herr Stefan Fink, ein Kaufmann aus Gintersdorf bei Teischnitz, offerierte persönlich einem unserer Konsumvereine Bestände (soge-

nannte Gintersdorfer Bestände) und Senfen. Der Geschäftsführer dieses Konsumvereins lehnte einen Kauf von Herrn Fink ab, mit dem Hinweis darauf, daß die Großhandlungsgesellschaft die gleichen Waren zu einem viel billigeren Preise offeriere. Herr Fink hatte die Rechte, daraufhin zu erklären: „Nun, wenn Sie nicht kaufen wollen, dann werde ich mich an die Zeitung wenden!“ Und aus Wut darüber, daß er mit seiner teureren Ware dem Konsumverein nicht hineinlegen konnte, schrieb Stefan Fink einen schmutzigen und gehässigen Artikel gegen den Konsumverein. Um die Aufnahme dieses Artikels in den Zeitungen zu erwirken, gab Herr Stefan Fink gleichzeitig ein Inserat der betreffenden Zeitung für den Preis von K 30.— und knüpfte daran folgende schriftlich festgesetzte Bedingung: „Selbstverständlich darf dieses Inserat auf meine Rechnung nur dann eingeschaltet werden, wenn gleichzeitig in derselben Nummer Ihres Blattes auch der eingekaufte Artikel (das war der Schmutzartikel gegen den Konsumverein) veröffentlicht wird.“ Und rot unterstrichen wird noch angefügt: „Änderungen im betragenden Artikel sind nicht gestattet!“ Soweit wir erfahren, ist die in Prag erscheinende Zeitung „Deutsche Landpost“, der in Bodenbach erscheinende nationalsozialistische „Volkstreu“ und das Komotauer „Wochenblatt“ schmutzig genug gewesen, den Originalartikel des Herrn Stefan Fink aufzunehmen und sich für K 30.— zugunsten des Herrn Stefan Fink und gegen den Konsumverein zu prostituieren.“

**Genosse Professor R. Abramowitsch**, ein bekannter russischer Soziologe, hält am Freitag, den 23. ds., als Gast der Urania und der Bildungsstelle der Prager Ortsgruppe des Verbandes der Bank- und Sparassistenten einen Vortrag über „Die Probleme der Kultur“. Genosse Abramowitsch war nach der Revolution des Jahres 1917 in Rußland Professor für Soziologie und Geschichte des Sozialismus an einer russischen Lehrerbildungsanstalt und hat in Rußland zahlreiche Vorträge über soziologische Themen gehalten. Später war er in Deutschland tätig und hat auch dort in den Ortsgruppen der Gewerkschaften als Vortragender gewirkt. Er hat eine Reihe soziologischer Schriften und Studien geschrieben, welche ihn als einen eigenartigen Denker erkennen lassen, der alle theoretischen Probleme sowie alle Probleme der politischen Praxis von der besonderen soziologischen Seite zu erfassen sucht und dadurch vielfach zu neuen und eigenartigen Erkenntnissen gelangt ist. Unseren Lesern ist Genosse Abramowitsch aus Artikeln bekannt. Der Besuch des Vortrages wird sicherlich für jeden lohnend sein.

**Jede Woche ein Eisenbahnunfall.** Die Bilfener Staatsbahnverwaltung teilt mit: Am 20. November stieß bei Ausfahrt des Zuges Nr. 16 aus Bilfen-Hauptbahnhof die Maschine dieses Zuges mit der Maschine des Zuges Nr. 4 zusammen. Die Maschinen wurden unerschütterlich beschädigt, verletzt wurde niemand. Der Verkehr wurde nicht unterbrochen. Die Ursache des Unfalles wird untersucht.

**Kilometergutscheine.** In der „Frankfurter Zeitung“ lesen wir: Der Uebergang auch der Reichsbahn zur Goldmarkrechnung wird es nach dem Dollarkurs nachschleudern Papiermarkmultiplikatoren bedeutet natürlich für viele Menschen eine weitere Einschränkung der Reisemöglichkeit. Das trifft ganz besonders hart diejenigen, die lediglich in Papiermark bezahlt werden. Das soll sich ja nun ändern; nichtsdestoweniger möchten wir eine uns zugegangene Anregung wiedergeben, die uns auch aus anderen

Gründen der Prüfung wert scheint. Sie denkt an den Menschen, der z. B. eine Ferienreise machen, zu Weihnachten seine Angehörigen besuchen möchte, aber — immer unter der Voraussetzung der Fortdauer wertunabhängigen Geldes — dann nicht über die erforderlichen Papiermarkbeträge verfügen wird, weil das Ersparte immer wieder der Entwertung anheimgefallen ist. Er schlägt nun vor, daß ähnlich wie andere Unternehmungen mit ihrer Ware es nun, die Reichsbahn Kilometergutscheine, gestaffelt ab 100 Kilometer, einführe, was dem Einzelnen die Möglichkeit gäbe, sich nach und nach die erforderliche Kilometerzahl zu beschaffen. Gegen diesen Vorschlag mag manches eingewendet werden können; in so schwierigen Uebergangszeiten aber wird auch die Eisenbahn alles tun müssen, den Verkehr möglichst zu erleichtern.

**Moderne Methoden der Genossenschaftlichkeit.** In England haben mehrere große Konsumvereine eigene Gesellschaftsautos mit 14 bis 32 Sitzplätzen angeschafft, auf welchen gemeinsame Ausflüge und Exkursionen der Mitglieder vorgenommen werden. Den Beginn machte nach der „Konsumgenossenschaft“ der Konsumverein in Birmingham, welcher mit seinen zwei Gesellschaftsautos im Jahre 1921 191 Ausflüge bzw. Exkursionen und im Jahre 1922 239 Ausflüge und Exkursionen unternommen hat. Teilnehmer dieser Gesellschaftsfahrten sind zum größten Teile Genossenschaftler, aber auch Mitglieder befreundeter Korporationen. Diese gesellschaftlichen Autofahrten vermitteln den Genossenschaftsmitgliedern nicht nur die Möglichkeit, Sonntage oder Feiertage auf billige Weise gefellig in der Natur zu verbringen, sondern haben auch sehr den genossenschaftlichen Geist der Mitglieder untereinander und der Genossenschaftsleitung gegenüber. Die von den Konsumvereinen angeschafften Autos stammen nunmehr fast ausschließlich aus der Automobilfabrik der englischen Großhandlungsgesellschaft in Manchester.

**Die Grazer Robautstudenten blasen zum Aufbruch.** Die Dienstag abends an der Grazer Universität stattgefundene Versammlung der deutschschülischen Studenten nahm einen von der Studentenkammer gestellten Antrag an, in dem es heißt: In Anbetracht der Zusicherung der beiden Rektoren, daß die in der Angelegenheit Dr. De Crinis ausfindig gemachten Schuldigen der schärfsten Bestrafung zugeführt werden, beschließt die Studentensammlung vorläufig von den Abwehrmaßnahmen abzusehen, die unter dem jugendlichen Tode der Verhältnisse ergriffen worden waren. Ein Zusatzantrag, die jüdischen Hörer nur als geduldete (!) Gäste anzusehen, fand ebenfalls Annahme.

**Wieder ein Todessturz bei akrobatischen Fliegerkunststücken.** Aus Olmütz wird vom 21. d. M. gemeldet: Gestern vormittag stürzte der Unteroffizier-Pilot Kadlec vom zweiten Flieger-Regiment in Olmütz mit seinem Flugzeug „Type „Spad“ über Rožnau ab. Er führte akrobatische Kunststücke in einer Höhe von etwa 300 Metern aus. Das Flugzeug zerfiel und der Pilot blieb tot auf dem Platz liegen. Das Flugzeug fiel direkt auf den Rožnauer Friedhof.

**Für die Abschaffung der Waisenkasse.** Die deutschsprachige Regierungsbillette meldet: Im Sinne der Regierungsverordnung vom 25. Oktober 1923 beschließen sich die kompetenten Stellen mit weiteren Erleichterungen auf dem Gebiete des Waisens, von denen die mit 1. November in Kraft getretene Abschaffung der Waisenkasse zwischen der Tschechoslowakei und Frankreich, beziehungsweise Ägypten als erste zu verzeichnen ist. Als ein Robum

im Bahwesen wird gegenwärtig die Herausgabe von besonderen Ministerialpässen vorbereitet, die bei Dienstreisen der Staatsbeamten ins Ausland ausgestellt werden sollen. Die neuen Pässe werden durch ihre Form von den diplomatischen Pässen auf den ersten Blick zu unterscheiden sein und bezeugen eine Erleichterung bei Dienstreisen der Staatsbeamten ins Ausland. Auch in der Frage des Passivums wurden Schritte eingeleitet, um die Visumpflicht im Verkehr mit anderen Staaten nach Möglichkeit zu beseitigen. Gegenwärtig sind Verhandlungen mit der Schweiz, Italien und Rumänien im Gange, die die Abschaffung der gegenseitigen Visumpflicht zum Ziele haben, wie es bereits im Verkehr mit Frankreich geschah. An eine gänzliche Abschaffung der Reisepässe ist jedoch gegenwärtig schon aus dem Grunde nicht zu denken, weil die Passpflicht in den übrigen Staaten ebenfalls besteht. Eine Abschaffung des Reisepasses in der Republik hätte auch keinen Zweck, da der Aufenthalt oder die Durchreise in den einzelnen Staaten an den Reisepaß gebunden sind.

**Im Motorreisewagen um die Welt.** In Wien ist jetzt der Konteradmiral John Weston, ein Brite, eingetroffen. Er ist mit seiner Familie 1921 nach Amerika überfledelt. Dort ließ er sich einen Motorreisewagen bauen. Mit diesem Wagen ist er bereits durch ganz Nord- und Südamerika gefahren. Von Südamerika kam er nach England, durchzog England und Schottland und ist dann über Belgien, Frankreich, Italien, Dalmatien, Griechenland, Rumänien und Ungarn nach Oesterreich gekommen. In Wien will er zwei Wochen bleiben und dann nach Deutschland weiterreisen.

**Widow in Ingolstadt.** In ein Haus in Ingolstadt drang ein junger Mann, der schon wiederholt gedroht hatte, die Pflegetochter des Haushalters zu erschlagen, mit dem Revolver in der Hand ein. Zwar gelang es nach hartem Ringen, ihm die Waffe zu entreißen, aber der Eindringling verbarrikadierte sich in dem Zimmer, in dem er Schränke, Tische, Nachtschischen vor die Türen stellte. Dann schlug er Spiegel, Gläser und eine Waschgarnitur in Trümmer. Ingolstädter fanden sich viele Raubbarn mit Seife, Beil und ähnlichen Gegenständen bewaffnet, ein, um Hilfe zu leisten; auch Hilfe der Bahnschutzmannschaft traf ein. Es gelang den mühenden Durschen, einen 23jährigen Maurer Andreas Pflegeter, zu fesseln.

**Pariser Volkswohnungen.** Aus Paris wird geschrieben: Ab 1. Jänner werden weitere vierhundert städtische Volkswohnungsbauten der Bevölkerung übergeben werden. Der Mietpreis beträgt 800 bis 900 Franken jährlich. Kinderreiche Familien haben Anspruch auf Ermäßigung, die bei Kriegsteilnehmern bis zu fünfzig Prozent betragen kann. Es handelt sich um Einfamilienhäuser mit je drei bis vier Zimmern. (Ein franz. Franken gilt heute ungefähr 180 Kronen.)

**Von der Dienstreiberin in den Tod getrieben.** Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ meldet: Wir brachten Dienstag eine Meldung der Polizeidirektion, wonach sich die achtzehnjährige Hausgehilfin Marie R. in ihrem Dienstort, Millergasse Nr. 46, aus einem Fenster herabgestürzt und getötet hat. Das junge Mädchen soll sich das Leben genommen haben, weil sie von ihrer Dienstreiberin, der Hofrätin Schwammberg, schlecht behandelt wurde. Wie wir erfahren, scheint sich diese Annahme tatsächlich zu bestätigen. Die Hofrätin Schwammberg, eine aristokratische Dame natürlich, ist ein Schreck für alle Hausgehilfinnen. Sie nimmt Mädchen besonders gern in ihren Dienst, wenn sie große Aufräumarbeiten hat. Bei schmaler Kost und knappen Lohn muß sich die Hausgehilfin vom frühesten Morgen bis spät in die Nacht hinein raderen. Die saubere Hofrätin beutet aber die Hausgehilfinnen

# Vater Goriot.

48

Von Honoré de Balzac.

Der Dämon zog drei Bankbilletts aus seiner Brieftasche und ließ sie „or Eugénie Augen spielen. Eugen war in einer furchtbaren Lage. Dem Marquis d'Abjuda und dem Grafen von Trarler war er auf Ehrenwort hundert Louis schuldig. Er hatte sie nicht und wagte nicht, zu Frau von Restaud zu gehen, wo er erwartet wurde. Es war einer jener zwanglosen Abende, an denen Tee und kleine Kuchen gereicht werden, doch konnte man dabei im Handumdrehen sechs-tausend Franken beim Wirt verlieren.

„Herr Vautrin“, sagte Eugen und versuchte vergebens sein krampfhaftes Zittern zu unterdrücken, „Sie werden begreifen, daß es mir nach Ihren Bekanntheiten unmöglich ist, Verpflichtungen Ihnen gegenüber einzugehen.“

„Nun, ich hätte bedauert, wenn Sie anders gesprochen hätten.“ fuhr der Versucher fort. „Sie sind ein schöner, zartfühlender junger Mann, stolz wie ein Löwe und sanft wie ein junges Mädchen. Sie wären eine prachtvolle Beute für den Teufel. Ich liebe junge Leute dieser Art. Noch zwei oder drei hochpolitische Erwägungen, und Sie werden die Welt sehen wie sie ist. Wenn der überlegene Mensch ein Unmenschenhaftes Schauspiel aufgeführt hat, so ruhig er sein Gewissen, und die Narren aus dem Parterre klatschen donnernd Beifall. Nach wenigen Tagen werden Sie auf mich hören. Wenn Sie mein Schiller werden wollen, so werden Sie alles erreichen. Ihre Wünsche werden auf der Stelle erfüllt werden, ob es um Ehre, um Geld oder um Weiber angeht. Die gekannte zivilisierte Welt könnte Ihnen als Gottespreise feierlich werden. Sie wären unser Verpus, unser Benjamin, wir würden uns mit Freuden für Sie umbringen. Alles, was Ihnen als Hindernis erschiene, würde auf der Stelle beseitigt werden. Wenn Sie Ihre Strupeln behalten, so halten

Sie mich für einen ruchlosen Bösewicht? Nun, jemand, der nicht weiger rechtschaffen war als Sie, Herr von Luverne, machte seine Geschäftchen mit Räubern, ohne sich dadurch für kompromittiert zu halten. Sie wollen mir nicht verpflichtet sein, wie? Daran wollen wir es nicht scheitern lassen.“ sagte Vautrin mit leisem Lächeln. „Nehmen Sie die Lippen nur und legen Sie quer auf dies Formular: Gültig für dreitausendhundert Franken, zahlbar in einem Jahr. Datum und Namen. Die Finsen sind hoch genug um Ihnen Ihre Strupel zu nehmen; Sie können mich einen Juden schimpfen und sind jeder Dankbarkeit quitt. Ich gestatte Ihnen, mich heute zu verachten, da ich überzeugt bin, daß Sie mich später lieben werden. Sie werden in mir eine ungeheuren Abgründe entdecken, die die Karren Lasten nennen, aber Sie werden mich nie feige oder undankbar finden. Genug, ich bin weder ein Bauer, noch ein Läufer auf dem Sandbrett, sondern ein Turm, mein kleiner.“

„Was sind Sie für ein Mensch?“ rief Eugen erregt; „Sie sind geschaffen, um mich zu quälen.“

„O nein, ich bin ein guter Teufel, der ruhig in den Dreck will, damit Sie zeitweils davon bewahrt bleiben. Sie fragen sich: warum dieses Opfer? Nun, ich werde es Ihnen eines Tages ganz leise ins Ohr flüstern. Ich habe Sie das erste Mal überrascht, als ich Ihnen das Gloden-spiel der sozialen Ordnung und das Räuberwerk der Menschheit aufgedeckt habe. Ihr erster Schrecken wird vergehen wie der des Soldaten auf dem Schlachtfeld, und Sie werden sich daran gewöhnen, die Menschen als Soldaten zu betrachten, bereit, für jene zu sterben, die sich selbst zum König salben. Die Zeiten haben sich geändert. Früher hat man einem tapferen Kerl gesagt: Hier sind hundert Taler, mach Herr S und so kalt, dann hat man sich ruhig zu Tisch gesetzt, da jemand im Schriten gut Nacht hielt. Heute schlage ich Ihnen ein großes Vermögen vor, das Ihnen für ein bloßes Kopfnicken, das Sie in feiner Weise kompromittiert, zufallen soll, und

Sie zögern. Das Jahrhundert ist weich geworden.“ Eugen unterschrieb den Wechsel und steckte die Scheine ein.

„Nun, wir wollen einmal vernünftig zusammen sprechen“, fuhr Vautrin fort. „In einigen Monaten will ich nach Amerika gehen, um meinen Tabak zu pflanzen. Ich werde Ihnen Freundschaftswaren schicken. Wenn ich reich werde, will ich Ihnen helfen. Wenn ich keine Kinder habe (was sehr wahrscheinlich ist, ich habe nicht die Absicht, mich durch Sprößlinge fortzupflanzen), so will ich Ihnen mein Vermögen hinterlassen. Heißt das jemandes Freund sein? Ach hab Sie wirklich gern. Ich habe die Leidenschaft, mich für einen anderen zu opfern. Ich habe es bereits getan. Sehen Sie, ich lebe in einer höheren Sphäre als die meisten Menschen. Handlungen erscheinen mir nur als Mittel, ich sehe das Ziel. Was bedeutet mir ein Menschenleben? Soviel! — er schaltete verächtlich mit den Fingern. „Ein Mensch ist alles oder nichts. Er ist weniger als nichts, wenn er Poiret heißt: man kann ihn wie eine Wanze zertreten; er ist platt und stinkt. Aber ein Mensch ist ein Gott, wenn er Ihnen gleicht; dann ist er nicht ein mit Haut und Fleisch überzogenes Skelett, sondern ein Instrument, in dem die schönsten Empfindungen vibrieren. Ich besteh nur aus Empfindungen. Ist eine Empfindung nicht eine Welt, in einen Gedanken eingeschlossen? Sehen Sie sich Vater Goriot an: für ihn sind seine beiden Töchter die ganze Welt, sie sind der Faden, der ihn durch die Schöpfung leitet. Nun, für mich, und ich kenne die Welt in ihren Höhen und Tiefen, gibt es nur ein wahres Gefühl: die Freundschaft von Mann zu Mann. Pierre und Jaffier, das ist meine Leidenschaft. Ich kenne das gerettete Beneidig' auswendig. Sind Sie viel Menschen begegnet, die soviel Haare auf den Nähen haben, daß sie mitgehen, wenn ein Freund zu ihnen sagt: „Nun, wir wollen einen Menschen begraben.“ Ohne ihm eine Frage zu stellen und ihn mit Moral zu quälen? Ich hab's getan. Das würde ich nicht jedem auf die Nase

binden. Aber ich halte Sie für einen überlegenen Menschen, Ihnen kann man alles sagen, Sie verstehen es. Sie werden nicht lange in den Niederungen herumtorkeln, wo die Anirpfe leben, deren es allzu viele gibt. So, das wäre gesagt. Sie werden heiraten. Wir wollen unsere Waffen schmieden. Die meine ist aus Eisen und stumpf nicht ab.“

Vautrin verschwand, ohne die Antwort des Studenten abzuwarten. Er schien das Geheimnis der kleinen Widerstände zu kennen, der Kämpfe, mit denen die Menschen vor sich selbst groß tun, und die ihnen ein willkommenes Deckmantelchen für ihre niedrigen Handlungen sind.

„Und wenn er sich auf den Kopf stellt, Vict-rine Taillefer werde ich nicht heiraten!“ sagte ich Eugen.

Kaiznac versuchte das innere Fieber zu überwinden, das die Vorstellung in ihm erzeugte, einen Pakt mit diesem Mann geschlossen zu haben, vor dem ihm graute, der ihn aber durch seinen Zynismus und die Kühnheit, mit der er die Gesellschaft zu erwürgen bereit war, imponierte. Dann zog er sich um, ließ einen Wagen kommen und fuhr zu Frau von Restaud. Seit einigen Tagen hatte sich diese Frau um den jungen Studenten, der mit jedem Tage festeren Fuß in der vornehmen Gesellschaft fand und eines gefährlich werden konnte, sehr bemüht. Er bezahlte seine Schulden bei de Trailles und d'Abjuda, verbrachte einen Teil der Nacht am Spieltisch und holte all seine Verluste wieder ein. Abergläubisch wie die meisten Menschen, vor denen das Leben offen liegt, und die mehr oder weniger Fatalisten sind, betrachtete er sein Glück als Belohnung des Himmels für seine Bereitschaft, auf dem geraden Weg zu bleiben. Am nächsten Morgen beistete er sich, Vautrin zu fragen, ob er noch seinen Wechsel habe. Auf dessen zustimmende Antwort gab er ihm die dreitausend Franken wieder und trug seine Freunde darüber ganz unverhohlen zur Schau.

(Fortsetzung folgt.)

nicht nur schamlos aus, sondern beschimpft sie auf das niederträchtigste. Es wird sogar erzählt, daß sie tätlich gegen die Hausgehilfinnen wird. Die unglückliche Marie R. beschwerte sich in den letzten Tagen bei einer Geschäftsfrau über ihre Dienstherren und sagte, sie habe das Leben satt. Die Frau redete ihr solche Gedanken aus und wies sie an die Polizei. Das Mädchen soll sich nun tatsächlich an einen Sicherheitswachmann gewandt haben, der sie dann aufforderte, am nächsten Tag auf das Wachzimmer zu gehen, wo ihr Hilfe zuteil werde. Das junge, unerfahrene Geschöpf meinte nun offenbar irrträglich, daß sich ihrer niemand ernsthaft annehmen wolle, und ging in ihrer Verzweiflung auf den Boden des Hauses und stürzte sich in den Hof hinunter.

Die erste Verhaftung in der Luft. Aus New York wird gemeldet: Ein Luftpolizist hat in Akron (Ohio) zwei Bürger der Stadt im Aeroplan verfolgt, die zur Landung gezwungen und sie protokolliert, weil sie entgegen einer jüngsten Verordnung der Stadtverwaltung die Stadt mit ihren Flugzeugen überfliegen haben. Es ist das erste Mal, daß eine Verhaftung in der Luft wegen Verletzung der Luftflugvorschriften stattfindet.

Die Elektrifizierung der Slowakei. Die Wasserkräfte der Slowakei repräsentieren 750.000, die Karpatenlandschaft 250.000 Pferdekraft. Für die Staats-Eigenwerke in Jvolna-Brez wird jetzt ein Elektrizitätswerk errichtet. In der Nähe von Jvolna-Brez werden weitere Elektrizitätswerke errichtet, die im kommenden Frühjahr bereits fertiggestellt werden sollen. Fürs erste wird die Wasserkraft der Bog ausgenutzt werden. Das größte Elektrizitätswerk der Slowakei wird beim Fluße Hernad aufgestellt werden. Diese Anlage wird imstande sein, jährlich 17 Millionen Kilowattstunden zu erzeugen.

Quartierlöhne in der Slowakei. Der Gesamterlös für Tabakfabrikate in der Tschechoslowakei betrug in den ersten neun Monaten d. J. 1.250.890.083 K. In dieser Zeit wurden 276.289.000 Zigaretten, 5.906.208.000 Zigarretten, 143.208 Kilogramm Zigarettentabak, 6.303.000 Kilogramm Pfeifentabak und 58.992 Kilogramm Schnupftabak verkauft und damit wohl auch konsumiert. Der Gesamterlös ist gegenüber dem des Vorjahres um mehr als 600.000 K gestiegen, was hauptsächlich auf den vermindernden Konsum von Zigarettentabak und Zigarren zurückzuführen wird. Bedeutend gestiegen ist der Konsum an Zigaretten, des Pfeifentabaks und der Abzug von Tabakstaub und Extrakt.

Die Preisbildung der Potzschimmerpreise. Am Samstag wurde in einer Enquete im Unterrichtsministerium ein Vermittlungsantrag des Hotelinstituts angenommen, daß in der Zeit vom 1. Dezember 1923 bis 31. Mai 1924 die Potzschimmerpreise in Prag und den großen Industriezentren um 30 Prozent gegenüber den Preisen, die von der kompetenten Behörde im ersten Halbjahr 1922 genehmigt wurden, herabgesetzt werden sollen. Hotelzimmer bis zum Preise von 9 K unterliegen nicht der Ermäßigung, von 9 bis 12 K unterliegen sie einer Ermäßigung von zehn Prozent, soweit es sich um Provinzialstädte handelt, und von 12 K aufwärts beträgt die Ermäßigung 20 Prozent. Diese Preise werden von der politischen Landesverwaltung veröffentlicht und in den einzelnen politischen Bezirken von der politischen Bezirksverwaltung festgesetzt. Der Preis versteht sich für einen 24stündigen Aufenthalt; er muß im Zimmer ausgehängt sein. Für ein zweibettiges Zimmer ist ein um 30 Prozent höherer Betrag als der eines einbettigen derselben Kategorie festgesetzt. Die Verbilligung der Verleuchtung und der Heizung muß der Kohlenpreisveränderung und der Verbilligung des elektrischen Stromes entsprechen.

Prager Chronik.

Ein Antrag zur Verbilligung der Straßenbahnpreise. Der Ratklub der tschechischen Sozialdemokraten beschloß in seiner dienstägigen Sitzung, den Antrag zu stellen, daß die Fahrpreise auf der Prager Straßenbahn von 1,20 auf 1 K und die Arbeiterarten und Kinderarten auf 50 h ermäßigt werden.

Wirtschaft und Sozialpolitik.

Die Ergebnisse der internationalen Arbeitergesetzgebung von 1919-1923.

Der fünften Tagung der Internationalen Arbeiterkonferenz in Genf (Oktober 1923) hat deren Direktor Albert Thomas einen Bericht über den Stand der Ratifikationen der Konferenzbeschlüsse durch die einzelnen Länder mitgeteilt. Die wichtigsten Beschlüsse sind bekanntlich die von der 1. (Washingtoner) Konferenz im Jahre 1919 gefaßten. Da fällt es auf, daß der Beschluß betreffend den Achtstundentag nur von fünf Staaten ratifiziert ist: Von der Tschechoslowakei, Bulgarien, Indien, Rumänien und Griechenland. Auch der Beschluß betreffend Wochenschluß ist nur von vier unbedeutenden Staaten ratifiziert worden (Griechenland, Rumänien, Bulgarien, Spanien). Bessere Ergebnisse hat das Übereinkommen über das Verbot der Kinderarbeit unter 14 Jahren, das Verbot der Nachtarbeit der Frauen und das Verbot der Nachtarbeit der Jugendlichen (unter 18 Jahren) erzielt. Von den bedeutenderen Industrieländern haben England, Holland und die Schweiz alle drei Übereinkommen ratifiziert; ferner ist, um nur die wichtigsten Länder zu nennen, das Verbot der Kinderarbeit durch Dänemark und die Tschechoslowakei und das Nachtarbeitsverbot für Jugendliche durch Italien und Dänemark ratifiziert

worden. Von den Washingtoner Beschlüssen hat ferner das Übereinkommen betreffs Arbeitslosigkeit (Errichtung von öffentlichen paritätischen Nachweisen) einen gewissen Anklang gefunden: es wurde von 14 Staaten ratifiziert, darunter England, Italien, die Schweiz, Norwegen, Dänemark, Japan. Wichtig ist es ferner, daß dem Washingtoner Vorschlag auf gegenseitige Gleichbehandlung der ausländischen Arbeiter in allen Ländern, in den Fragen des Arbeiterschutzes wie des Koalitionsrechtes 13 Staaten durch Erlaß entsprechender Gesetze Folge geleistet haben, unter denen von den wichtigsten Einwanderungsstaaten Argentinien und Brasilien, von dem Auswanderungsstaaten Polen, Italien, Oesterreich und die Tschechoslowakei zu nennen sind.

Die zweite Tagung (Genève 1920) hatte bekanntlich dem Arbeitsschutz der Seeleute gegolten. Nun haben von den Ländern mit bedeutendem Seehandel England, Schweden, Holland und Japan das Verbot der Kinderarbeit auf See ratifiziert, während man mit den anderen Seearbeitsgesetzen noch ziemlich im Rückstande ist.

Die dritte Tagung (Genf 1921) beschloss ein Übereinkommen bezogen sich namentlich auf die Landarbeiter. Das Kinderarbeitsverbot für die Landwirtschaft haben aber nur die Tschechoslowakei, Estland, Schweden und Japan, das Übereinkommen über das Koalitionsrecht der Landarbeiter haben außer den ersten drei Ländern auch England und Finnland ratifiziert. Das ebenfalls in Genève angenommene Übereinkommen über die obligatorische wöchentliche Arbeitsruhe in den Gewerbebetrieben ist fast nur von denselben wenigen Ländern ratifiziert, wie das Achtstundentagsabkommen von Washington.

Alles in allem: Den verhältnismäßig größeren Erfolg haben diejenigen Bestimmungen gehabt, die sich auf die bereits bestehende Gesetzgebung der großen Industrieländer stützen konnten, wie zum Beispiel auf die Kinder- und Frauenschutzgesetzgebung in England und Deutschland der Vorkriegszeit; ferner auch solche Bestimmungen, die der Arbeitsmarktregelung dienbar sind, denn diese Regelung liegt bei den heutigen Wirtschaftskrisen einfach im Interesse des Staates selbst. Hingegen sind die Gesetze über die allgemeine Höchsttarifgesetz und die Sonntagruhe nur in einigen Ländern ratifiziert worden, während die bürgerlichen Parlamentsmehrheiten und Regierungen der übrigen Länder sich in dieser wichtigsten Frage nicht international binden wollen, um im Falle einer deutlichen Nachverschiebung bei einer Abschaffung der gegenwärtigen Arbeitsgesetze, beziehungsweise Tarifverträge, nicht gezwungen zu sein.

Die Teuerung in Nordwestböhmen. Die der „Glocke“, das Fachblatt der Berg- und Hüttenarbeiter mittelt, sind die von der Union der Bergarbeiter errechneten Lebenshaltungskosten einer vierköpfigen Familie von 324,25 K im September auf 327,88 K im Oktober gestiegen. Die Steigerung beträgt daher 1,12 Prozent. Der Index, der auf der Grundlage Dezember 1913 errechnet ist, ist demnach von 875,87 auf 885,68 gestiegen.

Die Industriellen und die Frachttarife. Das Verkehrsministerium des Zentralverbandes der tschechoslowakischen Industriellen hat in der Frage der Frachttarifierbilligung folgende Forderungen gestellt: 1. Erlassung eines neuen Lokstarifs mit Gültigkeit vom 1. Jänner 1924, was durch eine Herabsetzung der Verkehrssteuer zu erzielen wäre. 2. Herabsetzung der Ausnahmestafeln für Kohle und Holz. 3. Durchrechnung der Täge mit der Kaschau-Oderberger, Ausfig-Teplitzer und Buschthener Bahn.

Die Ueberstundenarbeit in den Jahren 1921 und 1922. Das statistische Staatsamt gibt soeben eine Statistik der Ueberstundenarbeit der genannten zwei Jahre heraus. Dieselbe befaßt im Wesen: In der Zeit vom 1. Jänner bis Ende Dezember 1921 wurden im ganzen 1337 Bewilligungen von Ueberstundenarbeit (im Jahre 1922: 906) an 1260 Unternehmungen (1922: 1.234), die 215.388 (1922: 142.914) Arbeiter beschäftigten, erteilt. An der Ueberstundenarbeit haben sich 77.599 Personen oder 36,0 Prozent (1922: 40.428 oder 28,8 Prozent) der Arbeiterschaft jener Unternehmungen beteiligt, denen die Bewilligung erteilt wurde. Von der angeführten Anzahl der Bewilligungen sind 911 (1922: 692) von Gewerbeinspektoren, 331 (1922: 179) von politischen Behörden 2. Instanz, 78 (1922: 28) von politischen Behörden 1. Instanz und 17 (1922: 7) Bewilligungen von Kreisverwaltungen erteilt worden. Bei der überwiegenden Mehrheit der Fälle, bei 1018 oder 76,1 Prozent (1922: 744 oder 82,1 Prozent) wurde die Bewilligung einer zweistündigen täglichen Ueberstundenarbeit, 88 (1922: 45) einer einhalbstündigen, 191 (1922: 111) einer einstündigen und 40 (1922: 6) einer nur halbständigen Arbeit über die normale Arbeitszeit erteilt. Der Vergleich der Gesamtdauer der Ueberstundenarbeit in den einzelnen Jahren, in Stunden ausgedrückt, mit der Zahl der an dieser Arbeit Beteiligten, ergibt eine durchschnittliche Belastung eines Arbeiters mit Ueberstunden wie folgt:

Table with 4 columns: Jahr, Anzahl der Arbeiter, Ueberstunden in Stunden, Ueberstunden pro Arbeiter in Stunden. Data for 1921 and 1922.

Aus dem Vergleiche des Jahres 1921 mit 1922 geht hervor, daß im Jahre 1921 fast zweimal soviel Personen Ueberstunden geleistet haben wie im Jahre 1922 und daß die Zahl der gewon-

nenen Stunden im Jahre 1921 um ungefähr ein Drittel größer ist als im nachfolgenden Jahre. Auf einen Arbeiter, der sich im Jahre 1922 an der Arbeit beteiligte, entfielen 47,9 Stunden, im Jahre 1921 39,4 Stunden, mit anderen Worten, im Jahre 1922 wurde zwar weniger über die Zeit gearbeitet, wenn jedoch gearbeitet wurde, so war das Ausmaß für den Einzelnen etwas größer als im Jahre 1921. Wenn wir im Jahre 300 Arbeitstage zu acht Stunden auf eine Person rechnen und diese Zahl mit der Zahl der durch die Bewilligungen gewonnenen Tage vergleichen, so stellen wir fest, daß die Ueberstundenarbeit im Jahre 1921 ganzjährig 1275 Personen und im Jahre 1922 nur 806 Personen beschäftigt hätte.

Ein Fachblatt der organisierten Bühnengestellten. Vor kurzem erschien die erste Nummer der „Bühne“, des Fachorgans des Bundes der deutschen Bühnengestellten in der Tschechoslowakei. Die Tatsache, daß die Bühnengestellten sich nunmehr auch ein eigenes Verbandsblatt schaffen konnten, zeugt von einer erfreulichen Kräftigung ihrer Organisation, die vor kurzem in Brünn ihre zweite außerordentliche Generalversammlung abgehalten hat. Dieser Tagung wohnten als Gäste unter anderem Senator Genosse Polach, für den Gewerkschaftsbund Abg. Genosse Ernst Hirsch und für die Kreisgewerkschaftskommission Brünn Genosse Jbraxil bei.

Der Wiener Bankangestelltenstreik. Im Laufe des gestrigen Tages haben die streikenden Privatbanken-Angestellten durch das Uebergreifen des Ausstandes auf mehrere bisher nicht im Streik befindliche Betriebe einen Zuwachs bekommen. Die Situation im Streik hat auch insofern eine Verschärfung erfahren, als die Beamten der Großbanken eingeschlossen sind, bei längerer Streikdauer das Geschäft in Streik befindlicher Firmen nicht mehr klaglos abzuwickeln.

Geringer Rückgang der Arbeitslosigkeit in England. Nach dem Arbeitslosenverzeichnis der englischen Statistik ist die Zahl der beschäftigungslosen Personen in der letzten Woche um 12.000 zurückgegangen. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen übersteigt aber noch immer die Ziffer von 1.244.000.

Vorträge.

„Das Problem der Kultur.“ Als Gast der „Urania“ und der Bildungsstelle der Prager Ortsgruppe des Verbandes der Bank- und Sparkassenbeamten spricht Freitag, den 23. d. M., 8 Uhr abends, im großen „Urania“-Saale der bekannte russische Soziologe Prof. Dr. M. Abramowitsch, derzeit Berlin, über das interessante Thema „Das Problem der Kultur“. Prof. Abramowitsch, der in allen größeren Städten Deutschlands mit großem Erfolg gesprochen hat, beherrscht vollkommen die deutsche Sprache und versteht die Zuhörer durch seine tiefgründige Eindringlichkeit, die ihn als Psychologen auszeichnet, bis zum Schluß zu interessieren. Prof. Abramowitsch ist selbständiger Denker und Schöpfer. Daher wird seine Stellung zu diesem Thema die weitesten Kreise Prag interessieren. Karten in der Uranianalei und an der Abendkasse. 1923

Kunst und Wissen.

Siegfried Wagner in Prag. Als Gast des Prager Volkshochschul-Institutes „Urania“ sprach am Dienstag Siegfried Wagner. „Erinnerungen an meinen Vater, den Bayreuther Kreis und die Festspiele“ waren das Thema seines Vortrages. Man mag über Siegfried Wagner wie immer denken, ihn als Dirigenten negieren und seine Tonkunst geringschätzig beurteilen, er bleibt deswegen doch eine der interessantesten Musikerpersönlichkeiten der Gegenwart, sei es auch nur aus dem Grunde, weil er der Sohn eines der größten Männer des vorigen Jahrhunderts ist. Ueber Richard Wagner zu sprechen hätte sonst auch wohl keinen Wert; er ist längst der unfehlliche Tonheros und ganze große Bibliotheken von Werken aller Art enthalten alles, was über ihn zu sagen war und zu sagen ist. Aber das Ergebnis, durch die Vermittlung seines Sohnes einen Blick in sein enges Leben und Schaffen machen zu können, war des höchsten Interesses sicher. Siegfried Wagner, der Vortragende, hat dieses Interesse für persönliche Zwecke mißbraucht. Was er uns aus seinem vor einem Jahre erschienenen, den gleichen Titel wie dieser Vortrag tragenden Büchlein mit feineswegs rechnerischer Begabung vorlas, waren vorzugsweise Mitteilungen über seine eigene Persönlichkeit, weniger über seinen Vater und den diesen umgebenden Kreis bedeutender Zeitgenossen, mit Ausnahme des Schwieger- bzw. Großvaters Franz List, über den man einige nette neue Dinge erfährt. Musikwissenschaftlich, musikhistorisch und musikbiographisch im Sinne Richard Wagners hat diese Vorlesung so gut wie nichts geboten. Hätte Siegfried Wagner diesen Vortrag als Propagandarede für Bayreuth und seine nächstjährigen Festspiele ausgenutzt, hätte er sich und der Kunst Bayreuths größere Verdienste erworben. Und daß der Vortragende

bei seinen Ausführungen oft einen Unterton starken Selbstbewußtseins fühlen ließ, machte ihn noch weniger sympathisch. Darüber möge ihn auch der starke Beifall des aufergewöhnlich zahlreich erschienenen Publikums nicht täuschen. —ek.

Einmaliges Gastspiel Mattia Botistini. Mattistini wird Sonntag abends den Scarpia in Puccinis „Tosca“ singen.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute „Die fünf Frankfurter“ mit Pepi Giedner Kramer und Leopold Kramer a. G. Morgen Freitag die neuereinspielte Fall-Operette „Madame Pompadour“. Samstag Festvorstellung der Leses- und Redhalle „Figaros Hochzeit“. Sonntag abends Gastspiel Mattistini „Tosca“.

Aus der Partei.

Parteiverfammlungen, Saag: Samstag, den 24. November 1923 um 8 Uhr abends im Turnhalle (Jahresversammlung). Tagesordnung: „Die Arbeiterklasse und die Reaktion“ (Redner: Abg. Genosse Ernst Hirsch), „Der Kampf der deutschen Arbeiter in der Tschechoslowakischen Republik“ (Redner: Abg. Genosse Uhl), „Die Frauen und der politische Kampf“ (Rednerin: Abg. Genossin Maria Deutsch), „Jugend und Sozialismus“ (Redner: Genosse Ernst Paul), „Hans Rudiß und seine Nachfahren“ (Redner: Redakteur Genosse Wenzel Jaskch) und „Klassenkampf und Kulturkampf“ (Redner: Redakteur Genosse Josef Hofbauer). — Weiskirchlich: Dienstag, den 20. November im Gasthaus „Zur Morgenröte“ Bezirksmitgliederversammlung. Tagesordnung: „Die Konterrevolution in Deutschland“ (Redner: Abg. Genosse Oswald Hillebrand, Karlsbad).

Bezirksorganisation Prag. Heute Donnerstag, den 22. November findet um 8 Uhr abends in der Gastwirtschaft „Goldenes Kreuz“, Rejzanka, eine Parteiverammlung mit der Tagesordnung statt: Die Krise in Deutschland (Referent: Genosse O. Jennisen-Gera) und Der Parteitag in Kufflig (a) Wahl der Delegierten, b) Stellung von Anträgen).

Turnen und Sport.

Vorger Wettspiele. Sonntag vormittags: DFC gegen Viktoria Ziklow, Meteor VII gegen Smichow. — Sonntag nachmittags: Falco Wien gegen Slavia, Meteor VII gegen Praha VII, Sparta Kofite gegen DFC. Erfaß, Aufschwung SR, Slawoj VIII.

Amerikanische Fußballer in Europa. Die Amerikaner werden sich mit einer Fußballmannschaft an der Pariser Olympiade beteiligen. Nach Erledigung der Spiele in Paris werden die Amerikaner in verschiedenen Ländern Europas gastieren. So sind Spiele in Schweden, Dänemark und Norwegen vorgesehen, aber die Verhandlungen sind noch nicht bis zum Abschluß gediehen.

Mitteilungen aus dem Sublimen.

Gesegnete elektrische Lampen. Die große praktische Bedeutung der gasgefüllten Osram-Nitra-Lampe ist von Kaufleuten und Industriellen, von Technikern und Privatleuten längst erkannt worden. Namentlich die hochleistungsfähigen Osram-Nitra-Lampen, die gegenüber den luftleeren Glühlampen eine Stromersparnis von rund 50 Prozent ausweisen und reinweißes, ruhiges Licht ausstrahlen, werden allgemein sehr geschätzt und sind fast überall ein unentbehrliches Beleuchtungsmittel geworden. Durch ihre wirtschaftlichen und technischen Vorzüge als starklichtquelle haben sie die früher häufig benutzte Vogenlampe fast vollständig verdrängt; die großen Montagehallen der Maschinenindustrie, Fabrikationsräume, Büros, Reichensäle, Vortrags- und Konzertsäle, Ausstellungshallen, Theater und die Straßen und Plätze der großen Städte sind heute fast ausschließlich mit Osram-Nitra-Lampen als der zweckmäßigsten und wirtschaftlichsten Beleuchtungsart ausgestattet. Auch die mittelgroßen und kleinen Typen der Osram-Nitra-Lampe finden immer größere Verbreitung, sie werden oft der gewöhnlichen Metallbüchse vorgezogen und dienen in vielfach sehr geschmackvollen und künstlerisch durchgeführten Beleuchtungsförmern der Beleuchtung moderner Wohnungen. 1921

Herausgeber: Dr. Ludwig Eger und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holl.

Druck- und Verlagsanstalt Gesellschaft m. b. H. Teplitz-Schönau.

empfehlen sich Gen. F. T. Bekörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Druckarbeiten: wie Tabellen, Bücher, Broschüren, Zeitschriften, Zirkulare, Mitteilungsblätter, Einladungen, Plakate, Flugblätter, Faltblätter, Briefpapiere etc. in solider und rascher Ausführung. Solenmachereibetrieb und Rotationsbetrieb.

Alle Bücher

liefert rasch und billig die Buchhandlung Freiheit Teplitz-Schönau. Theresienstraße Nr. 18. Großes Lager in preiswerten Gelegenheitsläufen. Besondere Preise werden auf Wunsch erteilt.

Advertisement for 'Kimi' brand soap. Text: 'Kochendes Wasser + Kimi = ausgezeichnete Pindsuppe'. Includes a drawing of a woman and a child.